

# Es geht um mehr als Food

**ABSTIMMUNG** Zwei Volksinitiativen, über die wir im Herbst abstimmen, verlangen rigorose Vorschriften zur Produktion von Lebensmitteln. Sie stehen im Konflikt mit der internationalen Handelspolitik und sind deshalb klar abzulehnen.

TEXT REGINE SAUTER

Am 23. September stimmen wir über zwei Volksinitiativen ab, welche sich mit unserem Speisezettel befassen: Die «Fair-Food-Initiative» verpflichtet den Staat, die ökologischen und sozialen Anforderungen an die Herstellung und den Verkauf von Lebensmitteln stark zu erhöhen. Produktionsvorschriften im In- und Ausland sollen gewährleisten, dass in der Schweiz nur noch Lebensmittel verkauft werden dürfen, die umwelt- und ressourcenschonend, tierfreundlich und unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt wurden. Der Import von Lebensmitteln, die diese Standards nicht erfüllen, wäre nicht mehr möglich.

Die «Initiative für Ernährungssouveränität» der Bauerngewerkschaft Uniterre will die heutige Landwirtschaftspolitik radikal verändern. Sie fordert umfassende staatliche Eingriffe und Regulierungen, um insbesondere die kleinbäuerliche Landwirtschaft zu fördern. Lebensmittel sollen nur noch regional produziert und verkauft werden. Um eine Produktion von Lebensmitteln gemäss den in der Schweiz geltenden sozialen und ökologischen Bedingungen zu fördern, können Einfuhrzölle erhoben und Importverbote erlassen werden.

## Weniger Auswahl für Konsumenten

Beide Initiativen werden von Bundesrat und Parlament klar abgelehnt. Sie würden zu einer Verteuerung der Lebensmittel im Inland, einer Einschränkung der Auswahl an Produkten für Konsumentinnen und Konsumenten sowie einer grossen Bürokratie führen. Die Durchsetzung schweizerischer Produktionsstandards im Ausland ist illusorisch. Ergebnis wäre, dass viele ausländische Lebensmittel auf dem Schweizer Markt nicht mehr zugelassen werden dürften.

Aus Sicht der Wirtschaft stellt sich ein zusätzliches Problem: Beide Initiativen stehen im Konflikt zum internationalen Handelsrecht und im Widerspruch zu praktisch allen bestehenden



Bei Annahme der Initiativen könnte der Schuss nach hinten losgehen. Foto: iStock/gilaxia

Freihandelsabkommen. Auch im Rahmen der WTO darf ein Mitgliedstaat den Import von substanziell gleichartigen Produkten nicht erschweren oder verbieten. Zollabstufungen und Bindungen von Zollkontingenten an Qualitätskriterien sind klar WTO-widrig.

Die Schweiz kann sich keine gröberen Verletzungen dieser Verträge leisten. Wir würden uns damit vielmehr selber schaden. Unsere Freihandelspartner könnten die Abkommen ausser Kraft setzen, diverse Zolltarife würden ansteigen, Strafmassnahmen – die direkt die Wirtschaft treffen – wären wahrscheinlich.

## Die Schweiz braucht den Zugang zu internationalen Märkten

Bereits die heutige Landwirtschaftspolitik steht einer weiteren Öffnung internationaler Märkte für unsere Exportwirtschaft entgegen. Eine zusätzliche Abschottung unseres Marktes mit weiteren Zöllen, wie dies beide Initiativen fordern, wäre völlig verfehlt. Unsere kleine Binnenwirtschaft ist auf den internationalen Austausch angewiesen, wenn sie weiterhin erfolgreich sein und wachsen können soll. Es muss möglich sein, neue Freihandelsabkommen abzuschliessen.

In naher Zukunft sind solche Abkommen mit den lateinamerikanischen

Staaten geplant, zudem spielt Südostasien eine wichtige Rolle. Aber diese Länder wollen – und das zu Recht – auch ihre landwirtschaftlichen Produkte in die westlichen Länder exportieren dürfen. Kaum eine Verhandlungspartei wird dann Handelsvorschriften für Nahrungsmittel akzeptieren, wie sie die Initiativen verlangen.

## Alle Wirtschaftsbereiche betroffen

Von den Initiativen betroffen ist die Schweizer Handelspolitik in ihrer Gesamtheit, also nicht nur die Agrar- und Lebensmittelbranche, sondern sämtliche in den Handel eingebundenen Wirtschaftsbereiche. In diesem Sinne geht es um mehr als «Food», es geht um Arbeitsplätze in der Schweiz und um die Erhaltung unseres Wohlstandes. Eine rigide, protektionistische Landwirtschaftspolitik, dies die Vision der Initiativen, hätte massive negative Auswirkungen auf unsere gesamte Volkswirtschaft. Beide Initiativen sind im Interesse unseres Wirtschaftsstandortes deshalb klar abzulehnen. ■

## DIE AUTORIN

Dr. Regine Sauter ist Direktorin der Zürcher Handelskammer und Nationalrätin (FDP).

